

A N T R A G

Antrag Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit/GRÜNE zur Geruchsrasterbegehung

Die Stadtverwaltung Weißenfels wird aufgefordert zusammen mit dem Landesverwaltungsamt Halle, Referat Immissionsschutz, im gesamten Bereich des Hauptemittenten, des Schlachthofs bzw. Fleischwerk WSF, im Bezug auf Geruchsbelastung der Anwohner eine Rechtskonformität herzustellen. Dazu gehört im Einzelnen:

1. Dem LVA, Referat Immissionsschutz, sind die Ergebnisse der Geruchsrasterbegehung vorzustellen. Der Schlachthof bzw. das Fleischwerk stellen die offensichtlich wesentlichsten Geruchsquellen dar. Als Sofortmaßnahme ist seitens LVA eine Reduzierung der Schlachtzahlen auf den Stand 2008 durchzusetzen.
2. Das LVA soll einen sofort umsetzbaren Maßnahmenkatalog der Fa. Schlachthof bzw. Fleischwerk WSF einfordern, wie die Reduzierungen erreicht werden können und die Anlagen, incl. aller Produktions- und Logistik-Abläufe, auf die im Bescheid 2008 vorgegebenen Maximalwerte für vom Standort ausgehende Geruchsemissionen begrenzt werden.
3. Forderung eines Folgegutachtens zu Geruchsemissionen in der Neustadt und im Umfeld des Schlachthofes/Fleischwerkes (Rasterbegehung) als Ergebnismachweis der Wirksamkeit von weiteren sofort umzusetzenden Maßnahmen zur Geruchsminderung durch Fa. Schlachthof bzw. Fleischwerk WSF GmbH (auf Unternehmenskosten!)
4. Die Stadt WSF bittet einen Vertreter des LVA Halle, Ref. Immissionsschutz, im Rahmen der SR Sitzung am 29. 01. 2015 um Beurteilung des Gutachtens aus Sicht der Behörde und um Vorstellung von Maßnahmen (technischer und rechtlicher Art) zur Herstellung der Rechtskonformität.

Unterschrift